

Evangelische Verantwortung

„Soziale Gerechtigkeit“

Bischof Dr. Wolfgang Huber
Ratsvorsitzender der EKD

„Soziale Gerechtigkeit“ ist ein Thema von Christinnen und Christen, ein Thema der Kirche seit ihren Ursprüngen – und gleichzeitig ein Thema von großer Aktualität. Es ist ein Thema, dass aus meiner Sicht völlig zu Recht in der letzten Zeit Gegenstand einer intensiven öffentlichen Diskussion war und das uns auch sicher noch weiter beschäftigen wird. In meiner am 30. September 2004 gehaltenen Grundsatzrede in der Berliner Friedrichsstadtkirche habe ich einige zentrale Überlegungen zu unserem Thema angestellt. Da es nicht sinnvoll erscheint, diese hier noch-



„Kein Mensch lebt für sich allein; jeder und jede ist gefordert, seine Fähigkeiten zu entwickeln.“

mals vorzulegen, möchte ich daraus zehn Punkte benennen, über die in der diesbezüglichen gesellschaftspolitischen Diskussion zwischenzeitlich ein gewisser Konsens erzielt worden sein dürfte:

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Themen:

Editorial	3
Christlich-liberale Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft	5
Der aktuelle Kommentar	15
Evangelisches Filmforum	17

1. Unsere sozialen Sicherungssysteme sind den erkennbaren Herausforderungen der nächsten Jahre offensichtlich nicht gewachsen.
2. Gerade um den Sozialstaat in seinen wesentlichen Aspekten zu erhalten, muss er reformiert werden.
3. Zu den wesentlichen, sich aus dem christlichen Menschenbild ergebenden und unbedingt zu beachtenden Aspekten des Sozialstaates gehört die Verhinderung von Armut, ein sozialer Ausgleich der großen Lebensrisiken und eine gerechte Verteilung der Lasten zwischen Arm und Reich.
4. Dabei spielt die Frage der Verteilungsgerechtigkeit eine wichtige, aber keineswegs die einzige Rolle.
5. Ebenso von Bedeutung für soziale Gerechtigkeit sind die Fragen der Beteiligungs- und Befähigungsgerechtigkeit.
6. Jede Reform muss in ihrer Konzeption, in ihren Details und in ihrer Vermittlung um der Menschen willen geschehen und an ihnen orientiert sein.
7. Besonders wichtig ist es daher, die Vererbung von Armut in Deutschland zu bekämpfen, also Kinder aus sozial schwachen Verhältnissen in besonderer Weise zu fördern.

Jede Vorstellung, dass sich das Wirtschaftssystem aus Kultur und Gesellschaft entkoppelt, ist protestantischem sozial-ethischem Denken fremd.

8. Besonders wichtig ist es außerdem, die strukturellen Benachteiligungen der Familien abzubauen.
9. Angesichts der demographischen Entwicklungen stehen uns die eigentlichen Herausforderungen, die bei weitem nicht nur in den Sozialversicherungssystemen, sondern vor allem auch in der gesellschaftlichen Atmosphäre unserer Gesellschaft liegen, noch bevor.
10. Das ökumenische Gespräch und der Blick auf die internationale Situation bringen einen wichtigen zusätzlichen Aspekt in unsere Diskussionen, der diese keineswegs überflüssig macht, sondern uns vielmehr die Augen für andere Facetten der Frage nach sozialer Gerechtigkeit öffnet.

Die Soziale Marktwirtschaft und also auch der Sozialstaat sind daher ein sinnvolles Kompromissmodell, in dem sich die gestaltenden Wertorientierungen des christlichen Glaubens in Richtung Nächstenliebe und Solidarität mit den Triebkräften wirtschaftlichen Handelns verbinden.

So weit jene zehn Punkte, über die mir Konsens zu bestehen scheint. Insbesondere über die strukturelle Benachteiligung der Familien und ihren Abbau wäre noch vieles zu sagen, ich will das an dieser Stelle aber nicht weiter ausführen.

Stattdessen erlaube ich mir, zwei Fragen zu benennen, die dringend der Diskussion bedürfen, nämlich der Frage nach einem Paradigmenwechsel und der Frage nach den Schwachen der Gesellschaft.

Zunächst zur Frage nach einem Paradigmenwechsel: Bewegt sich die gegenwärtige Reformdiskussion im Wesentlichen innerhalb der Bandbreite, die in den vergangenen Jahrzehnten den gesellschaftlichen Konsens über Sinn und Ziel des Sozialstaats beschrieben hat, oder bewegen wir uns auf ein grundsätzlich neues Verständnis zu? Wir alle wissen, dass die Grundprinzipien des deutschen Sozialstaats von christlich geprägten Menschen entwickelt worden sind. Immer wieder klingt die Befürwortung einer Gesellschaftsordnung durch, welche die Persönlichkeitswürde des Einzelnen respektiert, dabei durch eine gestaltete Wettbewerbsordnung für eine effiziente Wirtschaft sorgt und gleichzeitig durch eine stabile Sozialordnung sozialer Frieden gewährleistet wird. Die Betonung der Notwendigkeit von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und sozialpolitische Sorge um Gerechtigkeit gingen immer miteinander einher und prägten entscheidend auch das Gemeinsame Wort von 1997.

Derartige leitende Wertentscheidungen sind nicht zufällig, denn hinter ihnen steht die Orientierung an dem christlichen Menschenbild, das

die Freiheit des Einzelnen und die Solidarität aller immer als aufeinander bezogen denkt. Dieses Menschenbild ist das Bild des von Gott geschaffenen und von ihm gerechtfertigten Menschen – wie es leibhaftig ist im Bild des gekreuzigten und auferstandenen Jesus Christus. Es zeichnet den Menschen immer in Beziehung zu Gott und den Mitmenschen; seine Grundbestimmung ist die des Zusammenseins mit anderen, auf die er fundamental angewiesen ist. Kein Mensch lebt für sich allein; jeder und jede ist gefordert, seine Fähigkeiten zu entwickeln; sie einzusetzen, in diesem Sinne zu arbeiten, im Dienst für andere; in Nächstenliebe. Die notwendige Eigenverantwortung, die mit der Verantwortung für die Ausbildung der eigenen von Gott gegebenen Gaben beginnt und die heute zu Recht deutlicher eingefordert wird, hat ihren Sinn nicht in sich selbst sondern darin, Solidarität zu ermöglichen und zu stärken.

Dieser Bezug auf Gemeinschaft und Solidarität ist im christlichen Glauben fest verankert. Die Freiheit zum Dasein für andere erwächst aus der Erfahrung, dass ich mich als Mensch nicht selber erschaffe, sondern meine Würde von Gott empfangen – bevor ich noch überhaupt irgendwie aktiv werden kann. Wo ich mir aber dessen bewusst werde, dass ich Sinn und Würde meines Lebens und meiner Arbeit mir nicht selbst stiften kann, erlebe ich mich als von vornherein in einen Bezug auf Gott und auf die anderen Menschen eingestellt.

Kurz und abgekürzt gesagt: Die Wirtschaft steht im Dienst der Menschen und muss sich darauf auch immer wieder behaften lassen. Jede Vorstellung, dass sich das Wirtschaftssystem aus Kultur und Gesellschaft entkoppelt, ist protestantischem sozialtethischem Denken fremd.

Die Soziale Marktwirtschaft und also auch der Sozialstaat sind daher ein sinnvolles Kompromissmodell, in dem sich die gestaltenden Wertorientierungen des christlichen Glaubens in Richtung Nächstenliebe und Solidarität mit den Triebkräften wirtschaftlichen Handelns verbinden. Besonders treffend ist dies in der Studie „Gemeinwohl und Eigennutz“ von 1992 mit dem Begriff des „intelligenten Eigennutzes als intelligenter Nächstenliebe“ auf den Begriff gebracht worden. Die überkommene, allzu platte und recht hilflose Entgegensetzung von Eigeninteresse und Nächstenliebe ist damit aufgehoben. Der Glaubensimpuls der Liebe wird mit langfristigem Interesse gekoppelt;

Liebe Leserin, lieber Leser,

am zurückliegenden 30. Oktober, dem 23. Sonntag nach Trinitatis 2005, war es soweit: Sechzig Jahre nach ihrer Zerstörung durften wir erleben, dass die wieder aufgebaute **Dresdner Frauenkirche** in einem feierlichen Gottesdienst geweiht wurde. Damit gehört die „Seele von Dresden“, wie die Einheimischen liebevoll ihre Frauenkirche nennen, wieder zur gewohnten Stadtsilhouette der Elbmetropole, wie die älteren Dresdner sie noch aus der Zeit vor ihrer Zerstörung am 15. Februar 1945 her kennen.

Der Wiederaufbau der Frauenkirche ist aber mehr als ein bloß gigantisches Kulturprojekt, dessen Kosten, die zum Großteil über private Spenden auf der ganzen Welt aufgebracht wurden, sich auf insgesamt 180 Millionen Euro belaufen. Er ist, wie es der Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, Bischof Jochen Bohl, in seiner Predigt ausdrückte, ein „Werk der Versöhnung und Mahnung zum Frieden“. Was abgründiger Hass und totaler Krieg einst zerstörten, wurde nun – getragen von einem weltumspannenden Geist des Friedens und der Versöhnung – zu einem neuen Symbol für all das „Gute, das uns eint“, wie es Bundespräsident Horst Köhler treffend hervorhob.

Die neu und doch so wunderbar im alten Glanz erstandene Frauenkirche ist vor allem aber auch ein Haus Gottes, ein Ort des Gebetes, des Lobpreises, der Besinnung, des Trostes und des Hörens auf das Wort Gottes. Sie könnte so vielleicht auch für viele – gerade in Zeiten, in denen die beiden großen deutschen Volkskirchen weiterhin am bedrohlichen Mitgliederschwund leiden und allerorten auch immer mehr Kirchgebäude veräußert und in zum Teil unwürdiger und banaler Weise umgewidmet werden – zum Symbol für eine geistliche Neubesinnung unseres Volkes werden.

Dieses „Wunder von Dresden“ verkündet uns auch inmitten der krisenhaften Zeit, die unser Land derzeit erschüttert, inmitten der gewaltigen Umbrüche, die es zu bewältigen hat und inmitten der vielen Probleme, denen es sich mit Mut und Zuversicht stellen muss, dass wir ge-

meinsam über ungeahnte neue Möglichkeiten verfügen. Wir müssen uns aber auch wieder auf das zurück besinnen, was uns wirklich zu einen vermag und was doch letztlich jenseits all dessen liegt, was sich diese Welt immer nur wieder selbst sagen kann.

Die Mütter und Väter, die ebenfalls vor 60 Jahren, inmitten der damaligen „Trümmerhaufen sittlicher und materieller Werte“, wie es im Berliner Gründungsauftrag der CDU vom 26. Juni 1945 heißt, einen Neuanfang schufen und trotz der Schrecken, die gerade hinter ihnen lagen, mit neuer Zuversicht nach vorne schauten, taten dies im Bewusstsein, dass es für die Zukunft Deutschlands von entscheidender Bedeutung bleibt, dass „wir uns auf die kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums besinnen und diese Kraftquelle unserem Volke immer mehr erschließen.“

Die Dresdner Frauenkirche ist ein bleibendes Symbol für den Glanz und die Würde eines starken und selbstbewussten Protestantismus in Deutschland. Sie ist genau darum aber auch ein ökumenisches Symbol für genau die wesentliche Kraftquelle unserer nationalen, politischen und kulturellen Identität, die wir gerade heutzutage wieder erneut benötigen, um unsere Zukunftsaufgaben bewältigen zu können.

In diesem Sinne mag uns und unseren künftigen Generationen dieses „Wunder von Dresden“ eine stetige Mahnung und Inspiration sein: Soli Deo gratia! Gottes Segen!

Ihr



Thomas Rachel
(Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU)



„Die Dresdner Frauenkirche ist ein bleibendes Symbol für den Glanz und die Würde eines starken und selbstbewussten Protestantismus in Deutschland.“



so wird die notwendige Verbindung von Eigenerhaltung und Eigensorge mit dem Interesse am Erhalt des Gemeinwesens argumentativ gekoppelt.

Die Fragen, die sich für mich damit verbinden, lauten: Wo ist der Punkt, an dem die Sorge um die für das Funktionieren des Sozialstaats gerade notwendige wirtschaftliche Stärke kippt in eine aus ethischer Sicht unakzeptable Überordnung der Wirtschaft über die Menschen? Sind wir gegenwärtig Zeugen eines solchen Prozesses? Das klassische Sozialstaatsmodell hat wichtige Züge der Angleichung der Lebensverhältnisse, der Beteiligungs- und Befähigungschancen, etwa in den Bereichen der Mitbestimmung oder der Kapitalbildung in Arbeitnehmerhand. Wenn wir uns heute zunehmend an einer ausschließlichen Absicherung auf der Höhe der als Armutsgrenze definierten Sozialhilfe orientieren, folgen wir dann noch den wichtigen Einsichten der Begründer der sozialen Marktwirtschaft?

Auch den zweiten Fragenkomplex möchte ich noch skizzieren: Wer sind die Schwachen in unserer Gesellschaft? Wir brauchen ein klares und nüchternes Bild der Situation. Sie hat nicht nur mit der Höhe und dem Umfang von Sozialhilfe und anderen Transferleistungen zu tun. Sondern in ihr kommen tiefere Notlagen zum Ausdruck; entsprechend tief muss die Hilfe ansetzen. Wer es in Deutschland geschafft hat, einen Antrag auf Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II zutreffend auszufüllen und die ihm zustehenden Leistungen pünktlich zu erhalten, befindet sich nicht mehr auf der untersten Stufe der Armut. Dort leben Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer – nicht in der Lage sind, ihre Rechte selbständig und erfolgreich wahrzunehmen. Die psychosoziale Hilfe, die diese Menschen wirklich erreicht, muss drin-

gend erhalten und angesichts ihrer wachsenden Zahl ausgebaut werden. Aber ihre Lage muss auch allgemein bekannt werden.

Ich denke, wir können festhalten, dass diese Menschen zu den Ärmsten und Schwächsten der Gesellschaft zählen, die im Mittelpunkt des Engagements der Kirche stehen müssen und denen unsere besondere Aufmerksamkeit zu gelten hat. Wer sind aber darüber hinaus die Schwächeren? Lassen Sie mich auch hier eine Spannbreite, ein Kontinuum plakativ benennen und nach dem Wendepunkt fragen: Wo kippt die notwendige Hilfe für arme und benachteiligte Menschen, die aus Steuermitteln bezahlt wird, in eine im Lichte aller Aspekte unzumutbare Belastung der Steuerzahler, insbesondere der jungen Familien in der Familiengründungsphase, die angesichts des oft anzutreffenden plötzlichen Umstieges von zwei Gehältern für zwei Personen auf ein Gehalt für drei Personen jeden Euro gebrauchen können? Ist das überhaupt die richtige Alternative? Müsste die Frage nicht vielmehr lauten: Sind die Lasten innerhalb der Steuerzahler richtig verteilt? Wenn wir an den Punkt kommen, an dem wir uns schützend vor diese idealtypischen jungen Familien mit mittleren Einkommen stellen wollen, weil wir diese als strukturell schwach in unserer Gesellschaft ansehen, sollte sich unser Blick dann wirklich zuerst auf die Empfänger von Sozialleistungen richten, oder sollte er sich nicht auch auf den immensen Reichtum in unserem Lande richten und fragen, ob nicht auch auf diesem Arm des gesellschaftlichen Mobiles Gewichte verschoben werden können oder müssen?

Leicht überarbeitete und gekürzte Fassung des Statements des Ratsvorsitzenden der EKD bei der Vortrags- und Diskussionsveranstaltung des EAK der CDU/CSU in Berlin und Brandenburg vom 29. November 2004 im Zentrum Lehrter Straße der Berliner Stadtmission.

Wo ist der Punkt, an dem die Sorge um die für das Funktionieren des Sozialstaates gerade notwendige wirtschaftliche Stärke kippt in eine aus ethischer Sicht unakzeptable Überordnung der Wirtschaft über die Menschen?



Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Seit Dezember 2004 haben insgesamt 433 Leserinnen und Leser 23.953,28 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet. Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:

Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00, Konto-Nr.: 266 098-300

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK: www.eak-cducsu.de

Von den christlich-liberalen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft – Gedanken zur Rettung eines Begriffes

Christian Meißner
Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU

In der zum Teil äußerst erhitzt und emotionalisiert geführten politischen Reformdebatte um die Zukunft unseres Sozialstaates sind mittlerweile Wörter wie „neoliberal“ bzw. „Neoliberalismus“ längst vor der Klärung ihrer sachhaltigen Bedeutung zum sozialpolitischen Schibboleth geworden.

In einer Zeit offenbar wiedererwachter biblischer Plagen, in der aggressive Finanzinvestoren wie „Heuschrecken“ über unser Land herzufallen und Arbeitsplätze am laufenden Band zu vernichten scheinen, in der das Verhalten und die Entscheidungen von zahlreichen Großunternehmen mit samt ihren dazu gehörigen „Top-Managern“ von weiten Teilen der Bevölkerung als zunehmend unsozial und unmoralisch empfunden werden und in der der durch den globalisierten Wettbewerb bedingte wirtschaftliche Strukturwandel immer größere Teile der traditionellen Arbeitnehmerschaft auch in den westlichen Industriestaaten erfasst und in ihrer Existenz bedroht, fällt der Attraktivitätswert liberaler marktwirtschaftlicher Positionen gerade auch in unserem Land naturgemäß nicht besonders hoch aus. Die zurückliegende Bundestagswahl mag – neben vielem anderem – auch dies gezeigt haben.

Wer in Deutschland etwa zur Lösung der gravierenden wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen und arbeitsmarktpolitischen Probleme mit durchaus guten Gründen und Absichten für eine größere Freiheit des hiesigen Marktgeschehens eintritt und damit natürlich auch an so manch lieb gewordene soziale Standards, Privilegien bzw. materielle Besitzansprüche diverser gesellschaftlich einflussreicher Gruppen rührt, steht fast automatisch unter dem Generalverdacht der sozialen Kälte und wird im gesellschaftspolitischen Diskurs nicht selten umgehend abgestraft.

Wem es hingegen in Politik und Gesellschaft erfolgreich gelingt, die Wörtchen „sozial“ und „gerecht“ für sich zu besetzen, der darf in jedem Fall – unabhängig von der Seriosität bzw. Sachhaltigkeit seiner wirtschafts-, sozial- oder arbeitsmarktpolitischen Vorschläge – als Sieger im Ring der allgemeinen Reformdebatte gelten. In marktwirtschaftlicher, aber auch ordnungspolitischer Hinsicht scheinen die Wörtchen „sozial“ und „liberal“ zumindest auf den ersten Blick nicht gerade viel miteinander gemein zu haben.

Als 1997 – also noch unter der christlich-liberal geführten Regierung von Bundeskanzler Helmut Kohl – die ersten, nach heutiger Kenntnis und Problemsicht der Dinge heraus eher noch als bescheiden und harmlos zu wertenden Reformvorhaben auf den Weg gebracht werden sollten, gab es daraufhin heftige gesamtgesellschaftliche Sturmläufe, wie lange schon nicht mehr.

1997 war auch das Jahr, in dem die beiden großen Kirchen in Deutschland ihr viel beachtetes gemeinsames Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage veröffentlichten, über das der Tagesspiegel am 8. März 1997 urteilte, dass den Kirchen damit das Kunststück gelungen sei, „zu Fragen von Armut, Arbeitslosigkeit, Familienpolitik, Renten und Lohnnebenkosten präzise Position zu beziehen, ohne auf die Ebene des Bonner Politgetümmels herabzusinken.“

Mittlerweile ist die Reformdiskussion in unserem Land zwar weiter fortgeschritten und intensiviert, die Lage der Nation hat sich in den Jahren seit 1997 aber nichtsdestotrotz weiterhin in dramatischer Weise verschärft. In der augenblicklichen Situation zeigt sich ein verheerendes Bild: Wir haben knapp 5 Mio. Arbeitslose, 1,45 Billionen Euro Staatsschulden, die faktisch fast völlige Erosion unserer sozialen Sicherungssysteme, die Aussicht auf einen extremen demographischen Wandel, eine wirtschaftliche Wachstumsprognose für 2006 von nur noch 1,2 %, eine schon seit Jahren währende Verfehlung der europäischen Stabilitätskriterien, ein strukturelles Haushaltsdefizit von ca. 50 Mrd. Euro oder mehr bei einem immer wieder geschönten und im Grunde bereits klar verfassungswidrigen Gesamtbundeshaushalt, eine chronisch zunehmende Kapitalflucht, eine weiter verstärkte Jobverlagerung ins Ausland und schließlich eine generelle Abnahme des Konsum- und Investitionsklimas zu verzeichnen.



„Der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft ist schon längst zu einer in der politischen Auseinandersetzung fast beliebig füllbaren Leerformel verkommen.“

An der wirtschaftlichen Lage Deutschlands hat sich offensichtlich seit 1997 – trotz vieler weiterer „präziser Positionen“ und tiefgehender Analysen – wenig zum Besseren und eigentlich fast alles zum (noch) Schlechteren verändert. Die Ursache für diese Misere ist an vielen deutschen Stammtischen auch schnell ausgemacht, zumindest dann jedenfalls, wenn man, entsprechend einer weit verbreiteten Sichtweise in der Bevölkerung und in den Medien, die eigentlich Verantwortlichen für den wirtschaftlichen und sozialen Niedergang vor allem in den führenden Etagen der bereits schon pauschal als unfähig bis korrupt eingestuften Politikerkaste sowie bei den freien Unternehmern unseres Landes zu suchen pflegt. Die gesellschaftlichen Stimmen an den politischen Rändern nutzen schließlich die derzeitigen Unsicherheiten, Frustrationen und Ängste vieler Bürgerinnen und Bürger erfolgreich für ihre vordergründig demagogischen Zwecke aus.

So entsteht insgesamt eine gesamtgesellschaftliche Problem- und Gemengelage, die dazu angeht, mittelfristig den sozialen Frieden und langfristig die demokratischen, freiheitlichen und rechtsstaatlichen Grundlagen in unserem Land zu gefährden.

Es gleicht schon in gewisser Weise der Quadratur des Kreises: Zur gleichen Zeit klagen die Gewerkschaften über das zu niedrige Lohnniveau der Arbeitnehmer, die Rentner über ihre zwar kaschiereten, aber real durchaus zu verzeichnenden Rentenkürzungen, die Familien über fehlende staatliche Unterstützungen und strukturelle Benachteiligungen, die Arbeitslosen über als regelrecht „menschenunwürdig“ empfundene, materielle Verhältnisse, die Unternehmer über zu hohe Steuern und Lohnnebenkosten und zu guter Letzt im Gegenzug dazu Bund, Länder und Kommunen über zu wenig Steuereinnahmen und leere Kassen.

Was ist nun zu tun? Wie können wir es schaffen, dass es mit Deutschland wieder bergauf geht? Wie kann es gelingen, dass wir nicht nur wirtschaftlich und finanziell, sondern auch arbeitsmarktpolitisch und im Bereich unserer sozialen Sicherungssysteme wieder Land gewinnen? Wie lassen sich mit anderen Worten die notwendige Freiheit des Marktes und der hinreichende soziale Ausgleich wieder in ein ausgewogenes Verhältnis bringen?

Um all die für unsere Zukunft so zentralen Fragen sinnvoll beantworten zu können und anschließend zum Wohl und Nutzen unseres Volkes in eine erfolgreiche und tragfähige Reformpolitik



Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Pressemitteilung vom 12. 10. 05

Keine Legalisierung der aktiven Sterbehilfe

Angesichts der aktuellen Diskussion um die Legalisierung der aktiven Sterbehilfe äußert sich der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Thomas Rachel MdB:

„Eine Legalisierung der aktiven Sterbehilfe, wie sie in der öffentlichen Diskussion zum Teil gefordert wird, ist mit dem christlichen Menschenbild nicht vereinbar. Aktive Sterbehilfe, selbst im Falle von schwerstkranken Menschen, als ein Gebot der Nächstenliebe auszulegen, ist in jedem Fall die völlige Verkehrung der für Christen gebotenen barmherzigen Zuwendung. Diese sollte durch intensive persönliche Betreuung und Fürsorge erfolgen.“

Hinter dem Wunsch vieler Menschen nach einem selbstbestimmten Sterben steckt oft die Angst vor Schmerzen und die Vorstellung, den Angehörigen zur Last zu fallen. Gerade für uns Christen liegt aber im Bild des leidenden Christus ein tieferes Verständnis für die Tatsache begründet, dass auch wir uns unseren leidenden Nächsten in liebevoller Weise bis zuletzt zuwenden sollten. Deshalb darf die Antwort nicht die Tötung des leidenden Menschen, also die aktive Sterbehilfe sein. Vielmehr müssen das Hospizwesen und die moderne Palliativmedizin weiter ausgebaut werden, um den Betroffenen ein Lebensende in Würde zu ermöglichen und ihnen ihre Sorgen und Ängste vor einem sinnlosen Leiden zu nehmen.“

umsetzen zu können, bedarf es wohl dringlicher denn je zu allererst einer erneuten und grundlegenden Rückbesinnung auf den ursprünglichen Geist der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft. Sie, die Soziale Marktwirtschaft, war es, die Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg zu Wohlstand, sozialem Frieden und Ansehen in der ganzen Welt verholfen hat. Sie ist es auch, der wir uns mehrheitlich bis heute – durch alle gesellschaftlichen Schichten und Gruppen in Deutschland hindurch – verpflichtet fühlen.

Doch der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft selbst ist schon längst zu einer in der politischen Auseinandersetzung fast beliebig füllbaren Leerformel für alle möglichen Forderungen und Inhalte verkommen und bedarf zunächst einmal der gründlichen Generalrevision. Die Verbindung der Begriffe „sozial“ und „Marktwirtschaft“ versteht sich nämlich – schon von den Anfängen dieser Begriffsbegründung durch Alfred Müller-Armack im Jahre 1946 her – keineswegs von selbst. Eine am häufigsten verbreitete Assoziation zu dem eigentlichen Begriff der Sozialen Marktwirtschaft in der Öffentlichkeit ist wohl etwa die, dass hier in die oft grundsätzlich als bedrohlich und negativ wahrgenommene Freiheit des Marktgeschehens mit seinem ungezügelt egoistischen Wettbewerb von starker, wohlfahrtsstaatlicher Seite aus im Sinne eines weitreichenden sozialen Ausgleiches immer wieder steuernd und lenkend eingegriffen werden müsste.

Kein anderer als Bundeskanzler Gerhard Schröder war es, der bereits im Vorfeld des zurückliegenden Bundestagswahlkampfes die Absicht aussprach, die SPD als Partei der Sozialen Marktwirtschaft darzustellen. Dabei warf er der Union vor, sie betreibe mit ihrem wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Programm „den bewussten Rückzug aus dem Sozialen“ vor und lege „die Axt an die Wurzeln der sozialen Marktwirtschaft“. Schröder berief sich dabei nun kurioserweise ausgerechnet auf den Vater der „Sozialen Marktwirtschaft“, den ehemaligen Wirtschaftsminister und Bundeskanzler Ludwig Erhard selbst, der seiner Meinung nach, wie niemand sonst klarer formuliert habe, wie sehr die Wirtschaftsordnung gestaltet werden müsse (s. Die Welt, 14. 6. 05, S. 1).

Die Soziale Marktwirtschaft – ein Kind des Neoliberalismus

Diese – gelinde gesagt – äußerst „originelle“ Interpretation von Ludwig Erhards Verständnis der Sozialen Marktwirtschaft, mit der Schröder das ursprüngliche Konzept der Sozialen Markt-

wirtschaft für sich beanspruchen will, ist nun allerdings für jeden einigermaßen Informierten mühelos nicht nur als historisch falsch, sondern auch in der Sache abwegig zu entlarven.

Es ist sicherlich nicht übertrieben, wenn man feststellt, dass Ludwig Erhard wohl einigermaßen befremdet wäre ob eines solchen Zeugnisses aus sozialdemokratischem Munde, denn er, zusammen übrigens mit den anderen geistigen Vätern der Sozialen Marktwirtschaft wie zum Beispiel dem eben schon erwähnten Alfred Müller-Armack, Wilhelm Röpke oder Alexander Rüstow, standen genau für das, was hier eigentlich als Gefahr für den sozialen Frieden in Deutschland herausgestellt werden soll, nämlich den oft gescholtene „Neoliberalismus“. Gerade als „Neoliberale“ der sog. „Freiburger Schule“, die sich noch vor dem Ende des Krieges gegründet hatte, standen aber die Väter der Sozialen Marktwirtschaft, auch und gerade als dezidierte Ordnungspolitiker (daher auch die Bezeichnung „Ordoliberal“), immer eindeutig im Gegenüber zu den Absichten eines dirigistisch ausufernden und in das freie Marktgeschehen ständig eingreifenden, paternalistischen bzw. bemutternden Wohlfahrtsstaates, der von seinem ganzen Wesen her – wie es Ehrhard nannte – lediglich dazu angetan sei, den einzelnen zum „sozialen Untertan“ zu degradieren.

Klar und deutlich tritt der wirtschaftsliberale Geist aus dem folgenden Ehrhardschen Zitat aus seinem wohl berühmten Werk „Wohlstand für alle“ zutage: „Die wachsende Sozialisierung der Einkommensverwendung, die um sich greifende Kollektivierung der Lebensplanung, die weitgehende Entmündigung des einzelnen und die zunehmende Abhängigkeit vom Kollektiv oder vom Staat – aber damit zwangsläufig auch die Verkümmern eines freien und funktionsfähigen Kapitalmarktes als einer wesentlichen Voraussetzung für die Expansion der Marktwirtschaft – müssen die Folgen dieses Weges hin zum Versorgungsstaat sein, an dessen Ende der soziale Untertan und die bevormundete Garantierung der materiellen Sicherheit durch einen allmächtigen Staat, aber in gleicher Weise auch die Lähmung des wirtschaftlichen Fortschritts in Freiheit stehen wird“.

Die Soziale Marktwirtschaft erweist sich also bei etwas näherer Betrachtung als ein ausgesprochenes Kind des „Neoliberalismus“. Es entbehrt darum nicht einer gewissen Ironie, dass die zeitgenössische deutsche Sozialdemokratie genau das, was sie einst noch bis Ende der fünfziger Jahre hinein selbst mit aller Inbrunst geißelt hat, –

Die Verbindung der Begriffe „sozial“ und „Marktwirtschaft“ versteht sich nämlich – schon von den Anfängen dieser Begriffsbegründung her – keineswegs von selbst.

wie eben am Schröderschen Beispiel demonstriert – nun für sich und ihr ureigenstes Besitztum reklamieren will.

Bereits im 5. Kapitel seines im Februar 1964 zum achten Mal aufgelegten, eben bereits erwähnten Standardwerkes „Wohlstand für alle“ setzt sich Ludwig Erhard in der Rückschau noch einmal mit den damaligen Gegnern seines marktwirtschaftlichen Konzeptes ausführlich auseinander. Darin findet sich auch dieser bemerkenswerte Rückblick: „Die größte Oppositionspartei, die SPD, ließ in den Tagen der Währungsreform keinen Zweifel darüber, dass sie die Befreiung des deutschen Volkes von staatlichen Eingriffen, die ich Zug um Zug mit der Währungsreform allen Produzenten, allen Sparten des Handels und des Handwerks, aber vor allem dem Konsumenten zu gewähren beabsichtigte, nicht verwirklicht sehen wollte.“ Und er zitiert an anderer Stelle in gleichem Zusammenhang die damaligen Ausführungen des SPD-Bundestagsabgeordneten Schoettle gegen

seine Reformpolitik. Schoettle prophezeite damals nämlich folgendes: „Ich glaube, wenn wir nicht dazu kommen, den Gedanken einer ökonomischen Sanierung in Deutschland mit dem Gedanken einer gelenkten Umorganisation zu verbinden, (...) wenn wir das nicht durch politische Entscheidungen und daraus sich ergebenden Lenkungsmaßnahmen herbeiführen, dann werden wir es überhaupt nicht schaffen; denn aus freier Initiative wird das ganz bestimmt nicht entstehen ...“. Und der SPD-Mann Schoettle fügte gegenüber Ehrhard schließlich hinzu: „Wir wollen die Freiheit der Wirtschaft in einem anderen Sinne als Sie sie vielleicht wollen. Wir haben nämlich erfahren, dass die so genannte freie Wirtschaft nur für einige Leute Freiheit bedeutet und für andere genau das Gegenteil ...“ Wie aktuell klingen doch diese Worte, die uns an so manches aus der Tagespresse erinnern könnten, obwohl sie doch fast 60 Jahre alt sind? Und wie sehr irrt doch die Sozialdemokratie schon damals mit ihrem Versuch, die erfolgreiche wirt-



Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Pressemitteilung vom 28. 10. 05

Konsequent gegen Islamismus

Anlässlich des Aufrufes des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadi-Nedschads zur Vernichtung des Staates Israel sowie der aktuellen islamistischen Feierlichkeiten bzw. Demonstrationen zum diesjährigen israelfeindlichen Al-Quds-Tag erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB:

„Der unverhohlene Aufruf des iranischen Präsidenten Ahmadi-Nedschad, Israel „von der Landkarte“ zu vertilgen, bietet angesichts des schwelenden Atomstreites mit dem Iran Anlass zu größter Besorgnis und darf von der gesamten zivilisierten Weltgemeinschaft nicht einfach sang- und klanglos hingenommen werden. Durch die Äußerungen des iranischen Präsidenten wird deutlich, welche große Bedrohung vom extremistischen Islam für die freiheitsliebenden, offenen und demokratischen Gesellschaften auf der ganzen Welt ausgeht.

Es muss auch überlegt werden, ob die entsprechenden Demonstrationen zum Al-Quds-Tag („Jerusalem-Tag“) in Deutschland künftig geduldet werden können, wenn sie sich eindeutig auf den Aufruf Ayatollah Khomeinis beziehen, der 1979 diesen Tag zum Hass gegen Israel und das gesamte jüdische Volk ausgerufen hat. Die Botschaft gegenüber dem islamischen Extremismus muss eindeutig sein: Religiöser Fanatismus und Antijudaismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz.

Der EAK der CDU/CSU solidarisiert sich mit dem diesjährigen „Berliner Bündnis gegen den Al-Quds-Tag“ sowie mit allen jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in unserem Land und fordert eine Überprüfung bezüglich des möglichen Verbotes künftiger Demonstrationen für den Al-Quds-Tag in Deutschland. Wer in Wort oder Tat an das Existenzrecht des Staates Israel rührt, darf sich nicht auf die Freiheiten unserer Verfassung berufen.“

schafts- und Sozialpolitik der Union als markt-radikal und -liberal abzuwerten? Dies war übrigens ein folgenschwerer Irrtum, der zu seiner Korrektur immerhin elf Jahre benötigte und der überdies wohl lediglich der Not der Anerkennung des überragenden Erfolges der Einführung und Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft geschuldet war. Dies war ein Irrtum, der dann zwar mit dem Godesberger Programm von 1959 korrigiert wurde, aber – wie man aktuell erkennen kann – im Geiste wohl noch bis heute andauert.

Doch wir begegnen am Beispiel der Äußerungen von Gerhard Schröder durchaus auch einem anderen grundsätzlichen Problem, das in unserer gegenwärtig oft eigentümlich verzerrten öffentlichen Debatten- und Diskussionsunkultur besteht. Der zum Teil unerträgliche „Moralismus“ diverser sich berufen fühlender Kreise, Interessen- oder Lobbygruppen in der derzeitigen Reformdiskussion, der gleichermaßen mit einem großen gesinnungsethischen Sozialpathos wie auch einer zum Teil erschreckenden Ignoranz gegenüber elementaren ökonomischen Zusammenhängen einhergeht, stellt gegenwärtig durchaus ein großes Problem dar. Das Unkonstruktive einer von Emotionen und Unsachlichkeit geprägten Wirtschafts- und Sozialstaatsdebatte kannten die neoliberalen Väter der Sozialen Marktwirtschaft auch zu ihrer Zeit bereits gut, waren sie doch selbst häufig Opfer solcher Angriffe.

Müller-Armack merkte in diesem Sinne im Jahre 1972 im gemeinsam mit Ludwig Ehrhard herausgegebenen „Manifest ´72“ kritisch an: „Bei der Kritik an der Sozialen Marktwirtschaft und dem Lob der Wirtschaftslenkung handelt es sich um gefühls- oder ideologiebeladene Vorurteile, nicht um sachgerechte Einwände. Die Angreifer übersehen den wesentlichen Punkt der Streitfrage, ob eine wirtschaftliche Gesamtordnung freiheitlich oder lenkungswirtschaftlich zu gestalten sei.“

Und auch ein Wilhelm Röpke sagte einmal hart in Richtung seiner Kritiker: „Unter ‚falschen Wirtschaftsmoralisten‘ verstehe ich eine ganz bestimmte, (...) allen durchaus geläufige und bekannte Gattung von Menschen. Ich meine Phraseure hoch zu Ross, die sehr oft schnell genug vom Ross herunterklettern, wenn es sich um ihre eigenen Interessen handelt und sie für diesen Moralismus-hoch-zu-Ross zahlen müssen. Es sind Tartuffes der Wirtschaftspolitik mit ihrem Groschenmoralismus, der sie selbst nichts kostet und ihnen dafür politischen Gewinn und den Ruf des Volksfreundes einbringen kann, Leute, die

über ihre eigene Herzensgüte zu Tränen gerührt zu sein scheinen, demagogische Pharisäer!“

Um nun aber präziser zu verstehen, welches der genaue geistige, politische und kulturelle Hintergrund der wahren und sozusagen „leiblichen“ Väter der Sozialen Marktwirtschaft war, ist es unvermeidlich, sich der entscheidenden Frage zuzuwenden, was denn nun ihre genaueren Vorstellungen von diesem „Liberalismus“ waren, den sie vertraten und vehement einforderten.

Altliberalismus und Neoliberalismus

Lassen wir darum abermals einen der einflussreichsten „neoliberalen“ Protagonisten der Sozialen Marktwirtschaft, nämlich Alexander Rüstow, zur Beantwortung dieser Frage zu Worte kommen. Im Tagungsprotokoll der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“ zum Thema „Was wichtiger ist als Wirtschaft“ vom 29. Juni 1960 findet sich die folgende, bemerkenswerte Ausführung: „Seit unsere Aktionsgemeinschaft besteht, ist ihr und dem von ihr vertretenen Neoliberalismus immer wieder der Vorwurf gemacht worden, wir überschätzten die Wirtschaft, wir hielten die Wirtschaft und den Markt für das eigentliche Zentrum menschlicher Dinge, wir seien der Meinung, dass der Mensch im wesentlichen ein Wirtschaftsmensch sei. Dieser Vorwurf ist, wie wir im Einzelnen noch sehen werden, denkbar ungerecht und unberechtigt. Aber auch die unberechtigten Vorwürfe haben natürlich irgendwelchen Grund, sind natürlich auf irgendeine Weise entstanden. Bei diesem Vorwurf ist der Nachweis der Entstehung relativ leicht.“

Der Paläoliberalismus, d. h. jener Wirtschaftsliberalismus, der in der Mitte des 18. Jahrhunderts entstand und das 19. Jahrhundert weitgehend beherrschte, hatte in der Tat Strömungen und Vertreter, auf die dieser Vorwurf zutraf. Da nun leider heutige Vertreter jenes Paläoliberalismus sich neoliberal nennen, obwohl unser Neoliberalismus ja gerade im Gegensatz und in Abgrenzung gegen jenen Altliberalismus, gegen jenen Paläoliberalismus entstanden ist, trägt das nachträglich sehr dazu bei, eine Verwechslung zu begünstigen. Das hat den Effekt, dass die Vorwürfe, die gegen den alten Liberalismus berechtigt sind und die gerade wir als die ersten gegen den Paläoliberalismus erhoben haben, ja, auf Grund deren wir die Abgrenzung gegen Paläoliberalismus zur Grundlage unseres Neoliberalismus gemacht haben, – dass diese Vorwürfe zu Unrecht gegen uns erhoben werden. Die Vorwürfe, die die Kirchen gegen Paläoliberalismus erheben, die Vorwürfe,

Das Unkonstruktive einer von Emotionen und Unsachlichkeit geprägten Wirtschafts- und Sozialstaatsdebatte kannten die „neoliberalen“ Väter der Sozialen Marktwirtschaft auch zu ihrer Zeit bereits gut, waren sie doch häufig Opfer solcher Angriffe.

die überhaupt idealistische eingestellte Menschen mit Recht gegen Paläoliberalismus erheben, sind wie Sie im einzelnen noch sehen werden, genau dieselben Vorwürfe und dieselben Kritiken, die für uns den Ausgangspunkt unserer Scheidung gegenüber dem alten Liberalismus, gegen über dem Paläoliberalismus, bilden. Unsere Betonung der überwirtschaftlichen Werte ist mit aller Entschiedenheit neuerdings auch wieder von unserem Wirtschaftsminister Ludwig Erhard ausgesprochen worden.“

Daraus erhellt, dass nichts unangemessener ist, als dieser voll und ganz im „neoliberalen“ Geist konzipierten Sozialen Marktwirtschaft das Stigma des „Unsozialen“ oder sogar des „Asozialen“ anzuheften, wie es ebenfalls im zurückliegenden Wahlkampf der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse gegenüber der Möglichkeit einer schwarz-gelben Regierungsbildung in höchst zweifelhafter Weise versucht hat. Die Union konnte er damit jedenfalls nicht gemeint haben, auch wenn es wohl seine feste Absicht gewesen ist. Denn es war ja gerade dieses in Deutschland über Jahrzehnte so erfolgreich von der Union erkämpfte und gegen vielerlei politische Widerstände durchgesetzte Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, das in besonderer Weise versuchte, gerade die – mit der Begrifflichkeit der katholischen Soziallehre gesprochen – Prinzipien von Freiheit, Solidarität und Subsidiarität miteinander zu verbinden.

Dass sich mit dieser erfolgreichen und richtungsweisenden Politik der Union, nicht zuletzt aber auch eine ganz besondere Verbindung von gleichermaßen christlich wie liberal motivierten Überzeugungen und Positionen niedergeschlagen hat, verdient gerade heutzutage wieder in Erinnerung gerufen zu werden. Die Realisierung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland ist historisch weder auf dem Boden des Marxismus noch auf dem der deutschen Sozialdemokratie, noch auf dem des traditionellen anglo-amerikanischen Liberalismus à la Adam Smith gewachsen, sondern ein genuines Kind christlich-demokratischer Politik nach 1945.

Christliche Wertgrundlagen

Es lohnt sich in diesem Zusammenhang auch noch einmal kurz an die Gründungszeit der Union zu erinnern. Hier wird geradezu mit Händen greifbar, inwiefern nicht nur die Wörter „christlich“ und „liberal“ untrennbar zusammengehören, sondern auch, inwiefern sich aus ihrer beiderseitigen Verbindung die Konzeption einer

klar wertegebundenen und sozialen Ordnungsvorstellung ergibt.

In der Stunde „Null“ nämlich, inmitten der Trümmerhaufen der tiefsten moralischen und sittlichen Erniedrigung Deutschlands, also gleichsam noch im unmittelbaren Angesicht der zerschlagenen, hässlichen Fratze, die der totalitäre Wahn der Hitler-Zeit unserem Land bereitet hat, wurde von der Union 1945 ein völliger Neuanfang gesucht. In der Union sammelten sich zum ersten mal in der deutschen Geschichte gleichermaßen christliche wie liberale und konservativ gesinnte Gruppen und Kreise, die das Ziel einte, Deutschland einer guten Zukunft unter demokratischen Vorzeichen entgegenzuführen. Im Gründungsauftrag der Berliner CDU vom 26. Juni des gleichen Jahres heißt es darum programmatisch: „In der schwersten Katastrophe, die je über ein Land gekommen ist, ruft die Partei CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS aus heißer Liebe zum deutschen Volk die christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte zur Sammlung, zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Heimat. Aus dem Chaos von Schuld und Schande, in das uns die Vergottung eines verbrecherischen Abenteuers gestürzt hat, kann eine Ordnung in demokratischer Freiheit nur entstehen, wenn wir uns auf die kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums besinnen und diese Kraftquelle unserem Volke immer mehr erschließen.“

Einem zum Teil bis weit in Kardinalskreise hineinreichenden Missverständnis zufolge wird hier jedoch keineswegs der Anspruch erhoben, dass es so etwas wie eine „christliche Politik“ geben könne. Das Gegenteil ist der Fall: Es gibt keine „christliche“ Politik und sie darf es unter freiheitlich-demokratischen Vorzeichen auch gar nicht geben. Es gibt dafür aber sehr wohl eine Politik aus christlicher Überzeugung und Verantwortung. Auf diesen kleinen und feinen, dafür aber gewichtigen Unterschied kommt es eben an, wenn man über Anspruch und Wirklichkeit des „C“ im Unionsnamen nachzudenken trachtet.

Aber genauso wenig wie eine „christliche“ Politik gibt es auch eine „christliche“ Wirtschaftspolitik oder Wirtschaftsordnung. Die „neoliberalen“ Gründungsväter der Sozialen Marktwirtschaft – so unterschiedlich sie in Bezug auf ihren denkerischen Hintergrund auch waren – haben deshalb in der Regel auch bewusst auf ausdrücklich religiöse oder theologische Begründungs- und Legitimationsmuster verzichtet. Sie wollten keine neue fragwürdige Ideologie begründen, sondern

Die Realisierung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland ist historisch weder auf dem Boden des Marxismus noch auf dem der deutschen Sozialdemokratie, noch auf dem des traditionellen anglo-amerikanischen Liberalismus gewachsen.

vielmehr eine tragfähige Konzeption eines ökonomischen Gestaltungsrahmens schaffen.

Dennoch handelt es sich bei der Verwirklichung der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft sehr wohl um die politische Durchsetzung einer Wirtschaftsordnung, die mit den ausgesprochenen wie unausgesprochenen christlichen Wertgrundlagen, -haltungen und sozialetischen Motivationen vollauf kompatibel war und infolgedessen auch bis heute noch kompatibel ist. Dass die Mehrzahl seiner frühesten Vertreter aus dem Protestantismus stammte, war dabei natürlich auch kein Zufall, und sei bereits hier angemerkt.

Die Mär vom unsozialen und materialistischen Neoliberalismus

Der Vorwurf der sozialen Kälte oder der Verabsolutierung des radikalen und freien Markt- bzw. Wettbewerbsystems jedenfalls, der – wie wir bereits sahen – schon in den Anfangsjahren in fälschlicher Weise gegenüber dem Begriff des „Neoliberalismus“ erhoben worden war, wurde von Seiten seiner tatsächlich „neoliberalen“ Väter oft und eindeutig zurückgewiesen. Sie alle betonten – jeweils in unterschiedlicher Form –, dass das Entscheidende in einer Gesellschaft gerade nicht die Wirtschaft um ihrer bzw. der Markt um seiner selbst willen sei. Sie betonten vielmehr stets das, was „jenseits von Angebot und Nachfrage“ (so der gleichnamige Titel des berühmten Buches von Wilhelm Röpke aus dem Jahre 1958) für den Menschen im Leben zentral und wichtig ist. Gleichwohl sahen sie aber auch – gewissermaßen in der ihnen eigenen „protestantischen“ Nüchternheit –, dass es zu all diesen höheren Formen menschlich-kultureller und geistiger Entfaltung zu allererst einmal einer hinreichenden ökonomischen Basis bedarf.

Schon Ludwig Erhard musste sich oft gegen den ihm gegenüber erhobenen Vorwurf rein materialistischer Denkweise zur Wehr setzen, etwa wenn er in Bezug auf sein berühmtes Hauptwerk später – durchaus selbstkritisch – klar stellte: „Schon der Titel ‚Wohlstand für alle‘ ist voller Problematik, denn es entspricht beileibe nicht meiner Überzeugung, dass selbst mit der Erreichung dieses Ziels dem deutschen Menschen auch schon Glück und Zufriedenheit beschert wäre und Wohlstand für Alle ausreichen könnte, um die gesellschaftliche Harmonie zu verbürgen. (...) Vielleicht – oder ich meine sogar gewiss – hat viele von uns die notwendige Hinlenkung aller menschlichen Energien auf die Rückgewinnung und Sicherung unserer materiellen Lebensgrund-

lagen in die Irre laufen lassen, und dabei ist das rechte Gefühl für die Rangordnung der Werte verlorengegangen.“

Erhard geißelte die sich bald nach den ersten Erfolgen der Sozialen Marktwirtschaft einstellende materielle und hedonistische Fixiertheit vieler Bürger. In seiner Regierungserklärung vom 18. Oktober 1963 fragte er fast prophetisch: „Aber welches Bild des öffentlichen Lebens stellt sich uns heute dar? Wir laufen Gefahr, dass der produktive Elan unserer Gesellschaft zunehmend dem Genuss des Erreichten weichen will. Eine oft ausschließlich materiell bestimmte Grundhaltung weiter Kreise der Bevölkerung charakterisiert die Lage – 18 Jahre nach Beendigung der größten Katastrophe deutscher Geschichte. Aus diesem Grunde bedeutet es eine wesentliche Aufgabe aller verantwortungsbewussten Kräfte im Lande, jenen Leistungswillen, der uns gerettet hat, für alle Zukunft wach zu halten.“

In dieser letzten Formulierung zeigt sich nun auf der anderen Seite, für wie wichtig der Leistungswille und die Bereitschaft jedes einzelnen erachtet wurde, zunächst einmal für sich selbst und die Seinen eigenverantwortliche Vorsorge zu treffen, und nicht vorschnell nach dem Staat und der Solidargemeinschaft zu rufen. An anderer Stelle lautet der Appell folgendermaßen: „Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung kann auf die Dauer nur dann bestehen, wenn und solange auch im sozialen Leben der Nation ein Höchstmaß an Freiheit, an privater Initiative und Selbstvorsorge gewährleistet ist.“ – Man achte hier insbesondere auf das Wort „Höchstmaß“.

Eine uns heute bedrängende, zentrale sozialetische Frage ist diejenige, wie wir die beiden Größen „Gemeinwohl und Eigennutz“ bzw. „Eigenverantwortung und Solidarität“ politisch in ein rechtes und ausgewogenes Verhältnis zueinander setzen können. Es ist hierbei erwähnenswert, dass wir diese Frage gegenwärtig bei einer Staatsquote von rund 48 % stellen, einer Quote, bei der es Ehrhard wahrscheinlich nur so ge- graust hätte. Ehrhard beantwortete diese Frage eindeutig, und zwar mit dem berühmten Verweis auf die „Hand in der Tasche des Nachbarn“: „Ich bin in der letzten Zeit allenthalben erschrocken, wie übermächtig der Ruf nach kollektiver Sicherheit im sozialen Bereich erschallte. Wo aber sollen wir hinkommen und wie wollen wir den Fortschritt aufrechterhalten, wenn wir uns immer mehr in eine Form des Zusammenlebens von Menschen begeben, in der niemand mehr die Verantwortung für sich selbst zu übernehmen

Eine uns heute bedrängende, zentrale sozialetische Frage ist diejenige, wie wir die beiden Größen „Gemeinwohl und Eigennutz“ bzw. „Eigenverantwortung und Solidarität“ politisch in ein rechtes und ausgewogenes Verhältnis zueinander setzen können.

bereit ist und jedermann Sicherheit im Kollektiv gewinnen möchte. Ich habe diese Flucht vor der Eigenverantwortung drastisch genug gekennzeichnet, wenn ich sagte, dass falls diese Sucht weiter um sich greift, wir in eine gesellschaftliche Ordnung schlittern, in der jeder die Hand in der Tasche des anderen hat. Das Prinzip heißt dann: Ich Sorge für die anderen und die anderen sorgen für mich! Die Blindheit und intellektuelle Fahrlässigkeit, mit der wir dem Versorgungs- und Wohlfahrtsstaat zusteuern, kann nur zu unserem Unheil ausschlagen. Dieser Drang und Hang ist mehr als alles andere geeignet, die echten menschlichen Tugenden: Verantwortungsfreudigkeit, Nächsten- und Menschenliebe, das Verlangen nach Bewährung, die Bereitschaft zur Selbstvorsorge und noch vieles Gute mehr allmählich aber sicher absterben zu lassen – und am Ende steht vielleicht nicht die klassenlose, wohl aber die seelenlos mechanisierte Gesellschaft.“

Die geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft waren allesamt Menschen, die die Erfahrungen des Dritten Reiches tief geprägt hatten.

Bei diesen Sätzen, die uns, obwohl sie gewiss in eine ganz andere Zeit hinein gesprochen waren, dennoch auch heute noch zum Nachdenken bringen können, muss man – wie bereits gesagt – immer im Hintergrund behalten, dass auch die frühe Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft die Dimension des notwendigen sozialen Ausgleiches niemals aus den Augen verloren hat. Was man von Anfang an im „Neoliberalismus“ angestrebt hatte, war ja gerade der Mittelweg, der „dritte Weg“ sozusagen, zwischen einer staatstotalitären Lenkungswirtschaft und einem „Nachtwächterstaat“ altliberaler Prägung. Wilhelm Röpke hatte zur Illustration dieses „Zweifrontenkampfes“, wie er es selbst nannte, folgende Formulierung parat: „Nationalökonomisch dilettantischer Moralismus ist genau so abschreckend wie moralisch abgestumpfter Ökonomismus, und leider ist das eine so verbreitet wie das andere.“

Die Freiburger Schule

Schon Otto Dibelius hatte im Jahre 1947 in Berlin aus dem Anspruch des Evangeliums heraus einen neuen Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus gefordert. Dem Staat maß er hierbei gewichtige ordnungspolitische Pflichten und Aufgaben zu. Der Staat soll Dibelius zufolge „helfen, lenken und planen, er soll der Selbstsucht Schranken setzen und den Schwachen gegen Vergewaltigung durch die Starken schützen; aber selber wirtschaften soll er so wenig wie möglich.“ Dieser Gedanke war zwar keineswegs neu, er lag sozusagen bereits in der Vorkriegszeit in der „Luft“. Neu war aber die politische Ausgangs-

situation in Deutschland nach der Stunde „Null“, die es ermöglichte, ein solches Konzept in die Tat umzusetzen.

Traugott Jähnichen hat m. E. mit Recht gesagt, dass man das Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ ohne weiteres als „eine mögliche Einlösung“ des hier von Dibelius „skizzierten Leitbildes“ interpretieren könne.

Die geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft waren – bei all ihren vielen und z. T. auch gewichtigen Unterschieden – allesamt Menschen, die die Erfahrungen des Dritten Reiches tief geprägt hatten. Es waren Menschen, die zum Teil aus dem Widerstand, zum Teil aus der Bekennenden Kirche stammten, Menschen wie beispielsweise Constantin Dietze, Adolf Lampe oder Gerhard Ritter.

Es ist hier ebenfalls in Erinnerung zu rufen das sog. „Freiburger Konzil“, das sich unmittelbar nach der Pogromnacht von 1938 konstituierte. Hierzu gehörten Walter Eucken neben weiteren Mitgliedern der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg sowie evangelische Pfarrer und katholische Christen. Die berühmte Denkschrift des sog. „Bonhoeffer-Kreises“, bei der Eucken, von Dietze, Lampe und Ritter maßgeblich beteiligt gewesen sind, formulierte bereits 1943 die Grundzüge einer neuen freiheitlich-politischen Gemeinschaftsordnung nach christlichem Verständnis bzw. auf christlicher Grundlage. Darin heißt es u. a.: „(Unsere) Vorschläge für eine ... Wirtschaftsordnung ... sind bestrebt, ebenso wohl das Extrem des wirtschaftlichen Kollektivs mit seinen seelisch verwüstenden Wirkungen zu vermeiden, wie die Wirtschafts-anarchie eines einseitig und falsch verstandenen Wirtschaftsliberalismus, der dem privaten Egoismus schlechthin alles überlässt und auf eine prästabilisierte Harmonie aller Wirtschaftsegoisten vertraut ...“ Im ursprünglichen Verständnis der Schulgründer des „Neoliberalismus“ wird eben nicht eine Vergötzung des „Marktes“ vertreten, sondern ein durchaus klares Bekenntnis zur Freiheit des Marktes mit dem Bekenntnis zur fürsorglich-schützenden Solidarität verbunden. Müller-Armack formuliert selbst: „Zwei großen sittlichen Zielen fühlen wir uns verpflichtet, der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit.“

Theologische Würdigung

Blicken wir nun noch einmal aus genuin theologischer Perspektive darauf, in welcher eigentüm-

licher Weise hier der Freiheitsgedanke mit christlichen und sozialen Gedanken verknüpft wird.

In der Tat ist der Begriff der „Freiheit“ im ursprünglichen Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ sozusagen eine anthropologische Ausgangsbestimmung alles Weiteren. Müller-Armack, Eucken und Rüstow etwa dachten bei dieser Grundbestimmung des Menschen – wie oben bereits erwähnt – nicht etwa in klassisch theologischen Kategorien. Das muss der Ehrlichkeit halber deutlich gesagt werden.

Es ist längst ein offenes Geheimnis, dass sie größtenteils eher aus dem (neu)protestantisch und liberal geprägten bürgerlichen Milieu stammten, wenn man diesen Begriff hier einmal in seiner weiten Fassung gebraucht. Eucken stand hier beispielsweise Kant, Leibniz und der Aufklärung näher als dass er von einer dezidiert theologischen Anthropologie geprägt worden wäre. Rüstow war – trotz oder gerade wegen seiner pietistisch geprägten Mutter – ein Feind der von ihm selbst apostrophierten „lutherischen Untertanenethik“. Auch Müller-Armack verzichtete stets darauf, seiner sozialphilosophischen Grundlegung, wie Hans G. Nutzinger einmal gesagt hat, „eine religiöse oder anders begründete Letztbestimmung zu geben“. Aber dennoch kann man auf der anderen Seite das, was wir heute gemeinhin als „christliches Menschenbild“ bezeichnen, das Bekenntnis also zur Würde eines jeden Menschen, immer – wenn auch manchmal unausgewiesen – im Hintergrund sehen.

Constantin von Dietze etwa formulierte das Menschenbild des Freiburger Kreises treffend so: „Die Menschen sind nicht gut genug, um die Vereinigung aller politischen und wirtschaftlichen Macht recht zu gebrauchen oder um sich in völlig freier Wirtschaft der Ausbeutung zu enthalten; sie sind aber auch nicht so schlecht, dass man sie staatlicher Tyrannei oder privater Macht unterwerfen dürfte oder gar müsste.“ – Wer will, mag hier bereits den hintergründigen Einfluss der reformatorischen „Simul iustus et peccator“- Rede sehen, wie es beispielsweise Traugott Jähnichen getan hat.

Die Freiburger wollten – nach von Dietze – eine Gesamtordnung, die „den göttlichen Geboten (zu) entsprechen, aber auch die jeweilige Lage und die sachnotwendigen Grundsätze des Wirtschaftslebens (zu) beachten habe.“

Jähnichen kommentiert: „Man befürwortete daher eine solche Wirtschaftsordnung, welche die

Persönlichkeitswürde des einzelnen respektiert und es den Menschen ermöglicht, ‚christlich zu leben‘, bzw. Raum lässt, die Menschen ‚auf gute Wege zu weisen‘. In Entsprechung zu der reformatorischen Aussage, dass der Christ immer Sünder und Gerechter zugleich ist, sollte eine Ordnung geschaffen werden, die dem Menschen Raum zur Entfaltung der Gerechtigkeit gibt und gleichzeitig seine Neigung zur Ungerechtigkeit zu begrenzen vermag.“

Der tragende Gedanke bei der Fassung des „Freiheitsbegriffes“ war das Zutrauen in die möglichst freie Wettbewerbsordnung jenseits von totalitärem Staatsdirigismus (Sozialismus/Nationalsozialismus) und völligem wirtschaftlichem Libertinismus (Ablehnung von wirtschaftlichen „Eigengesetzlichkeiten“). Der möglichst ungehinderte, d.h. von staatlichem Reglement freie, Wettbewerb des Marktes verweist in diesem Denken somit organisch auf die freie Würde eines jeden einzelnen zurück, der, unbeschadet seiner solidarischen Verpflichtung mit denen, die sich aus eigener Kraft nicht helfen können, aufgerufen ist, seine eigene Verantwortung in Freiheit zu realisieren.

Die entscheidende Pointe hierbei ist gerade diese: Solidarität taucht in diesem Modell nicht einfach als milde Gabe oder Almosengeben auf, sondern ist in ein ordnungspolitisches Gesamtkonzept eingebunden, das den Schwachen und Hilfebedürftigen die elementaren sozialen Sicherungsrechte garantiert. Es sind eben Rechte und Begrenzungen, die der Staat zum Wohle aller zieht. Das bestechende am Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ und hierin liegt ja offensichtlich auch sein Erfolg in der Geschichte der Bundesrepublik begründet, ist aber, dass der Mensch zugleich sowohl als frei und verantwortlich als auch in seiner (sündhaften) Begrenztheit gesehen wird. Es ist diese eigentümliche Verbindung von Freiheit und Bindung bzw. von Eigentum und Gemeinwohl, die hier zu Buche schlägt.

Spüren wir von hier einmal nach den typisch evangelisch-theologischen Wurzeln dieses Konzeptes, so erkennen wir beispielsweise:

- das genuin protestantische Freiheitsverständnis, das in der „Rechtfertigung des Sünders allein aus Glauben“ gründet, ihm somit eine unabhängig vom Marktwert zukommende Würde (qua gnadenvoller Annahme durch Gott) zuspricht und zuzisst, und ihn somit freispricht bzw. freistellt, seiner Verantwortung zu entsprechen;

Solidarität taucht in diesem Modell nicht einfach als milde Gabe oder Almosengeben auf, sondern ist in ein ordnungspolitisches Gesamtkonzept eingebunden, das den Schwachen und Hilfebedürftigen die elementaren sozialen Sicherungsrechte garantiert.

- die Begrenzung des Marktes sowie seiner Mechanismen, indem ihm – gemäß des ersten Gebotes – hier keinerlei metaphysische oder gar absolute Würde zugesprochen werden. Der Markt bildet keine ‚eigengesetzliche‘ ontologische Ordnung sui generis, sondern unterliegt – wie alle „Ordnungen“ der Macht der Sünde und den Zweideutigkeiten der Welt. Hier gibt es also – gegen Adam Smith gesprochen – keine „unsichtbare Hand“, die von selbst alles zum Guten führt;
- Platz hat hier sowohl die (wohl eher typisch lutherische) Wertschätzung der gemeinwohlorientierten Strukturen des Staates (Obrigkeitstraditionen!) als auch das eher calvinistische (individualistische) Freiheitsbewusstsein. Hierzu bemerkt übrigens Müller-Armack selbst treffend: „Die Wertung des Menschen von der Berufserfüllung ist ebenso sehr lutherischen Ursprungs wie die Wertung vom Berufserfolg kalvinistisch ist.“

Wer die Prinzipien der Leistungsbereitschaft, der Eigenverantwortung und des freien Wettbewerbs und die Prinzipien der Solidarität und Gerechtigkeit gegeneinander ausspielt, handelt wirtschafts- und sozialpolitisch gleichermaßen fahrlässig.

Und Nutzinger weist in Bezug auf Müller-Armack sogar darauf hin: „Im übrigen entspricht das Verständnis weltlicher Strukturen durch Müller-Armack phänomenologisch dem neuzeitlichen protestantischen Selbstverständnis insofern, als dieses gerade um der Freiheit des Glaubens willen auf alle Versuche verzichtet, diesen Glauben mit Hilfe staatlicher Zwangsmittel Geltung zu verschaffen. In dieser Perspektive kann Müller-Armacks Idee der Sozialen Marktwirtschaft als ‚irenische Ordnung‘, als Versuch einer Reformulierung der lutherischen ‚Zwei-Regimenten-Lehre‘ im neuzeitlichen Kontext verstanden werden.“

Reformulierung der Sozialen Marktwirtschaft

Blicken wir zum Abschluss noch einmal auf unsere gegenwärtigen Problemlagen und Diskussionen, dann drängt sich der Gedanke förmlich von selbst auf, dass wir eine wirkliche Reformulierung der Sozialen Marktwirtschaft, die ja nie eine Ideologie, sondern einen gesellschaftlichen Ordnungsrahmen abgeben wollte, unter gewandelten Bedingungen mehr als nötig haben.

Es bleibt fest zu halten, dass sich eine solche Reformulierung darum bemühen muss, den genuinen Geist der ursprünglichen Sozialen Marktwirtschaft wieder zu beleben. Die Soziale Marktwirtschaft ursprünglicher Gestalt atmet in der Tat den Geist der Freiheit, der Eigenverantwortlichkeit und der Zurückdrängung des

Staates aus dem genuinen Marktgeschehen. Sie formuliert aber in gleichem Atemzug auch die Notwendigkeiten eines klaren staatlichen Ordnungsrahmens und der sozialen Verantwortung für diejenigen, die der Hilfe bedürfen. Wer die Prinzipien der Leistungsbereitschaft, der Eigenverantwortung und des freien Wettbewerbs und die Prinzipien der Solidarität und Gerechtigkeit gegeneinander ausspielt, handelt wirtschafts- und sozialpolitisch gleichermaßen fahrlässig.

Alfred Müller-Armack wies immer wieder darauf hin, dass hohe Staatsleistungen nur dann finanziert werden könnten, wenn die Volkswirtschaft auch die ausreichenden Mittel dafür aufbrächte. Und Erhard wusste: „Es muss (...) im ureigensten Interesse jeder organischen Sozialpolitik liegen, eine zugleich expansive wie auch stabile Wirtschaft sicherzustellen und Sorge zu tragen, dass die Prinzipien, nach denen diese Wirtschaft geordnet ist, erhalten bleiben und weiter ausgebaut werden.“

Eine wohlverstandene und unserer heutigen Zeit adäquate Rückkehr zum ursprünglichen Geist der Sozialen Marktwirtschaft tut also Not, auch und gerade im Hinblick auf unsere soziale Verantwortung sowohl für die jetzt lebende wie auch die künftigen Generationen. Das muss die entscheidende Zielvorgabe unseres politischen Handelns sein. Dies impliziert nicht zuletzt auch einen notwendigen geistig-moralischen Mentalitätswandel in den Köpfen und Herzen der Mehrzahl der Deutschen. Der EKD-Ratsvorsitzende, Bischof Wolfgang Huber, hat einmal sehr richtig darauf hingewiesen, dass die „Frage nach der Zukunft des Sozialen (...) es nicht nur mit Problemen der Finanzierbarkeit, sondern auch mit Fragen der geistigen Orientierung zu tun“ hat.

Vielleicht sollten wir uns – bei allem konstruktiven Streit um die richtigen politischen Lösungswege – vor allem dies in den Reformdebatten der Zukunft auch wieder deutlicher in Erinnerung rufen. Tritt nämlich auch dieser geistig-moralisch zu vollziehende Mentalitätswandel nicht ein, werden wir mit unseren Reformbemühungen in diesem Land – angesichts der enormen Probleme – gnadenlos scheitern.

Überarbeitete Fassung des auf dem Symposium „Religion/Theologie und Ökonomie“ der Ruprecht-Karl-Universität Heidelberg am 17. 6. 2005 gehaltenen Vortrags „Die theologisch-ethischen Grundlagen christlich-liberaler Wirtschaftspolitik“.

Aktive Sterbehilfe ist ein Verstoß gegen das christliche Menschenbild und die Menschenwürde

Thomas Rachel MdB

Die Forderungen nach Änderung des Paragraphen 216 des Strafgesetzbuches und nach aktiver Sterbehilfe werden auch in unserem Land immer lauter. Der Hamburger Justizsenator Roger Kusch (CDU) plädierte in den letzten Wochen mehrmals für die Legalisierung der „Tötung auf Verlangen“ und bezieht sich dafür ausgerechnet auf das christliche Menschenbild. Er sollte wissen, dass eine solche Argumentation nicht nur unangemessen und inakzeptabel, sondern geradezu aberwitzig und absurd ist. Die Reaktionen – auch von kirchlicher Seite – konnten ihn nicht zum Einlenken bringen, sondern er legte stattdessen nach und betonte: „Mir geht es darum, dass Menschen frei ihr Leben gestalten und frei auch das Ende ihres Lebens gestalten sollen, wenn sie bei klarem Bewusstsein sind und sich frei entscheiden können.“ Kusch sollte verstehen lernen, dass nach christlichem Verständnis gerade nicht die völlige autonome Verfügbarkeit des Menschen über sich selbst und sein Leben und Sterben im Zentrum des Nachdenkens über das Wesen des Menschen steht, sondern das Bekenntnis zu Gott als seinem Schöpfer und als dem letztlich alleinigen Herren über Leben und Tod.

Kusch steht nicht alleine. Auch der saarländische SPD-Chef Heiko Maas forderte gerade die Zulassung aktiver Sterbehilfe und begründete dies mit dem zum Teil „qualvollen Siechtum“ von todkranken Menschen. Auch er sollte bedenken, dass es zur Leidensbekämpfung andere Mittel gibt, als die Todespritze für die Leidenden. Aber noch etwas anderes verbirgt sich hinter dem fälschlich im Namen von „Freiheit“ oder „Menschenwürde“ vorgenommenen Ruf nach Euthanasie: Nämlich die zunehmende Unfähigkeit, zu erkennen, was sterbende und todkranken Menschen wirklich brauchen, und dass körperlicher Verfall, Leiden und schmerzlicher Abschied zum Leben gehören. Das „Weltbild“ der Propheten der aktiven Sterbehilfe ist klar: Alles scheint, als wäre nur noch der Widerstand einiger weniger zu überwinden und endlich könnten die Menschen sterben – ohne Leid, ohne Schmerzen und ohne Angst. Und die Menschheit könnte leben – ohne Schreckensbil-

der von Tod und Verzweiflung und unheilbaren Krankheiten. Gekämpft wird deshalb auch mit starken Bildern von Übertherapie, Apparatedizin und intensivstationärer Behandlung, von Leid, Schmerz und Unglück – Gedanken, die jeder gerne weit von sich schiebt. Verschwiegen wird, dass es sich bei aktiver Sterbehilfe stets um die Tötung eines Menschen handelt. Diese aber verstößt gegen das christliche Menschenbild und die Menschenwürde. Die aktive Sterbehilfe als ein Gebot der Nächstenliebe auszulegen, ist in jedem Fall eine völlige Verkehrung der für Christen gebotenen barmherzigen Zuwendung. Doch nicht nur auf philosophischem, theologischem oder ideologischem Felde wird diese Auseinandersetzung geführt, sondern schon längst in der alltäglichen Praxis. Und gerade diese erschreckende Praxis ist es, die in ganz besonderer Weise gegen die Befürworter der Euthanasie spricht: Erfahrungen in den Niederlanden und in Belgien haben eindeutig die Probleme und Risiken vor Augen geführt: Ein großer Teil der Fälle aktiver Sterbehilfe wird überhaupt nicht gemeldet und entzieht sich damit jeder Kontrolle. Dass diese Entwicklung Gefahren birgt, liegt auf der Hand. Noch viel schwerer allerdings wiegt die große Zahl der Patienten, die ohne ausdrückliche Bitte getötet werden. Dies deutet darauf hin, dass eine klare moralische wie rechtliche Grenzziehung nicht möglich ist und die Zulassung aktiver Sterbehilfe eine Eigendynamik hervorruft, bei der am Ende faktisch gerade nicht der Patient über die Sterbehilfe entscheidet, sondern Dritte entscheiden, ob sein Leben lebenswert sei oder nicht. Immer mehr Niederländer tragen inzwischen so genannte „Lebenswunscherklärungen“ bei sich, in denen sie aktive Sterbehilfe ablehnen und glauben, ihren Wunsch nach lebenserhaltenden Maßnahmen erklären zu müssen. Das ist ein Alarmsignal für uns alle. Außerdem müssen Patienten dort, wo aktive Sterbehilfe als normal gilt, Sorge haben, dass auf sie Druck ausgeübt wird. Die Freiwilligkeit der Entscheidung für den vorzeitigen Tod wäre nur schwer überprüfbar. Eine klare Grenzziehung, in welchen Fällen aktive Sterbehilfe zulässig sein soll, erscheint nicht möglich. Was vor wenigen Jahren in den Niederlanden noch strikt abgelehnt wurde, wird heutzutage öffentlich diskutiert: Sollen Demenzkranke getötet werden können? Man könnte vor dem Hintergrund leicht weiter fragen: Wie verhält es sich dann mit der medizinischen Fürsorge für die Säuglinge?

Dass wir hier auf eine völlig schiefe Bahn geraten, bei dem es womöglich kein Zurück mehr gibt, belegen für mich wiederum die Äußerungen Roger Kusch, wenn er in unziemlicher Weise Abtreibungen und



„Wir haben uns Gedanken darüber zu machen, wie wir Leiden bestmöglich lindern und Menschen in Liebe und Fürsorge auf ihrem letzten Weg begleiten können.“

Euthanasie miteinander parallelisiert: „Eine Schwangere darf sogar fremdes Leben zerstören, aber der Todkranke darf nicht die Beendigung seines eigenen Lebens verlangen.“ Als Justizsenator sollte Kusch eigentlich wissen, dass dieser Vergleich schon aus juristischer Perspektive hinkt. Die Straffreiheit der Abtreibung nach geltender Rechtslage bedeutet nicht deren Rechtmäßigkeit. Man kann noch weiter fragen: Wie weit soll denn ein solches „Recht auf Selbsttötung“ nach Ansicht seiner Befürworter reichen? Reicht es vielleicht doch aus, wenn jemand einfach lebensmüde ist oder an einer unbehandelten Depression leidet? Die gezogenen Grenzen werden immer wieder in Frage gestellt werden, und das Töten droht zu einer gewöhnlichen Lösung eines Problems zu werden. Doch welche tragfähigen Alternativen bieten sich denn nun stattdessen an, wenn es darum geht, die Ängste und Sorgen der Menschen vor einem qualvollen Sterben und die als sinnlos empfundenen Leiden ernst zu nehmen? Hierauf gibt es durchaus eine klare Antwort, die nicht zuletzt den entscheidenden Vorteil hat, ganz im Sinne des christlichen Fürsorge- und Liebesgebotes dem kranken und geschundenen Nächsten gegenüber in Einklang zu stehen: Die Möglichkeiten nämlich der Palliativmedizin und der Hospizarbeit, die oft, zum Teil aus

völliger Unkenntnis heraus, unterschätzt werden. Durch den heutigen Stand der Palliativmedizin und Hospizarbeit gibt es kaum Fälle, in denen bei Schmerzen und Leid nicht ausreichend geholfen und gelindert werden kann, so dass der Wunsch zu sterben schwindet. Ohne einen erheblichen Ausbau der medizinischen und pflegerischen Versorgung Sterbender wird jedoch in Deutschland der Ruf nach aktiver Sterbehilfe nicht leiser werden. Die Gesellschaft muss sich der Herausforderung stellen, anstatt in die andere Richtung zu gehen und zu verdrängen. Forderungen nach aktiver Sterbehilfe erscheinen insofern auch als Zeugnis der Hilflosigkeit. Wir lehnen als CDU und CSU die aktive Sterbehilfe strikt ab. Passive Sterbehilfe aber, bei der auf das ausdrückliche Ersuchen eines Sterbenden hin keine lebensverlängernden medizinischen Maßnahmen mehr getroffen werden, ist und bleibt zulässig. Ein entsprechender Wunsch des Patienten, dass dem Sterbeprozess sein Lauf gelassen wird, muss in jedem Falle Beachtung finden. Unsere Aufgabe ist es, diesen letzten Weg menschenwürdig und sinnvoll zu gestalten, und nicht, vor den Problemen auszuweichen. Wir haben uns Gedanken darüber zu machen, wie wir Leiden bestmöglich lindern und Menschen in Liebe und Fürsorge auf ihrem letzten Weg begleiten können.



Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Pressemitteilung vom 1. 11. 05

EAK unterstützt Werbewoche der Kirchen für den Religionsunterricht

Anlässlich der Werbewoche der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) und dem Erzbistum Berlin für den konfessionellen Religionsunterricht erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB:

„Die unter dem Motto ‚Wir wählen gern!‘ stattfindende Werbewoche der beiden großen Kirchen für den konfessionellen Religionsunterricht findet die volle Unterstützung des EAK der CDU/CSU. In der Woche vom 30. Oktober bis 5. November 2005 wird mit zahlreichen Veranstaltungen für die Attraktivität des Religionsunterrichtes geworben. Damit wollen die Initiatoren erneut ihre Forderung gegenüber dem Berliner Senat bekräftigen, Religionsunterricht als gleichberechtigtes Wahlpflichtfach neben einem Ethikfach anzubieten.“

Der EAK der CDU/CSU fordert ebenfalls einen konfessionellen Religionsunterricht als wirkliche Wahlalternative zu einem staatlich verordneten Wertefach und ruft dazu auf, sich an der Aktionswoche zu beteiligen.“

Weitere Informationen zu der Werbewoche „Wir wählen gern!“ finden Sie unter www.ekbo.de und www.erzbistumberlin.de.

Evangelisches Filmforum

Paradise Now Vom Automechaniker zum Selbstmordattentäter

Gerhard Arnold

Am 29. September dieses Jahres kam der Film *PARADISE NOW* auch bei uns in die Kinos. Die Arbeit des palästinensischen Regisseurs Hany Abu-Assad – inzwischen wohnhaft in den Niederlanden – hat in den Medien sehr große Aufmerksamkeit gefunden. Auf der Berlinale erhielt er das Prädikat „Beste Film des Jahres 2005“ und Amnesty International hat ihn ebenfalls ausgezeichnet. Der Film führt uns nach Nablus, in die Westbank in Israel/Palästina, und zeigt uns die beiden engen palästinensischen Freunde Said und Khaled. Eine namenlose Terrorgruppe hat die beiden ausersehen, am anderen Tag einen Selbstmordanschlag in Tel Aviv auszuführen, einen sehr wichtigen und aufwändig vorbereiteten, wie der Zuschauer immer wieder erfährt. Der Film begleitet die beiden Auserwählten, im Kontakt zu Vertretern der Terrorgruppe und zu ihrer Familie. Natürlich darf auch eine Liebesbeziehung nicht fehlen, die von Said zu der durch ihren Vater angesehene jungen Palästinenserin Suha. Was dem Film die Auszeichnungen und viele lobende Kritiken in der überregionalen und großen Regionalpresse gebracht hat ist die Präsentation des Themas. Der Film ist nicht, wie manche Kritiker behauptet haben, antijüdisch und er bietet auch keinerlei Verherrlichung der Selbstmordterroristen und des Terrors gegen Israel. Insofern ist er Welten entfernt von der Hetzpropaganda gegen die Juden, mit der das palästinensische Fernsehen rund um die Uhr seine Zuschauer überschüttet. Die Aktualität des Themas steht außer Frage, allein im Blick auf die fast täglichen Medienmeldungen über Selbstmordattentate im Irak, in Israel/Palästina inzwischen weniger. Da der Film erstmalig dieses Themas mit seinen Möglichkeiten bearbeitet ist die Aufmerksamkeit der Fachkritik verständlich.

Mir sind zwei inhaltliche Fehler aufgefallen, die ich nicht nachvollziehen kann. 1. Die auserwählten Attentäter verbringen die Nacht vor dem Anschlag selbstverständlich nicht zu Hause, sondern in einer angemieteten Wohnung, um sie ganz vom familiären Umfeld zu trennen und sie voll auf ihre bevorstehende Mission einzu-

stimmen. Die Terrororganisation möchte natürlich vermeiden, dass die Attentäter, wenn sie Skrupel bekommen, mit Angehörigen Kontakt aufnehmen können. 2. Es ist absurd, wie der Film es schildert, dass die Attentäter jenseits des Grenzzauns von einem israelischen Agenten mit Frau in einem israelischen PKW abgeholt und zum Anschlagort gebracht werden. Tatsächlich wird den Attentätern ein israelisches Outfit zugelegt – so der Film ganz richtig – und dann fahren sie jenseits des Zauns mit öffentlichen Verkehrsmitteln an ihr Anschlagziel. Sie benutzen keine israelischen Taxis mehr wie früher (Misstrauen der Taxifahrer!) und auch keine palästinensischen wegen der erhöhten Kontrollwahrscheinlichkeit durch israelische Polizei. Gravierender aber sind die anderen Mängel des Films. Zuerst werden die beiden späteren Attentäter als normale Palästinenser gezeigt, bei der Arbeit, in ihrem familiären Umfeld. Dann kommt plötzlich der örtliche Agent der Terrororganisation und teilt den beiden mit, dass sie für einen ganz wichtigen Anschlag am anderen Tag in Tel Aviv ausersehen worden sind. Die Familien dürfen aber nichts erfahren. Dieses Verfahren, die kurzfristige Aktivierung von Attentätern, wird nur angewandt, wenn es sich um besonders zuverlässige Leute handelt, die bereits in den Monaten zuvor massiv indoktriniert worden sind, v. a. durch örtliche fanatische Religionsführer (Scheichs oder Imame in den Moscheen). Oft sind auch die Familien involviert, denn sie sollen ja nach der Tat gegenüber der Öffentlichkeit als Eltern in stolzer Trauer auftreten.

Der Regisseur hatte nicht den Mut, den Zuschauern einen Einblick in die ideologische und religiöse Giftküche der Terrororganisation und des ganzen mentalen Umfelds gerade in Nablus zu geben. Der Islam begegnet nur privatisiert in den Äußerungen von Said und Khaled, die sich auf das Jenseits freuen und auf die Jungfrauen, die ihnen entgegenkommen. Aber so privatisiert ist der Islam in der Westbank nicht. Die Hasspropaganda der palästinensischen Medien begegnet nur ganz am Rande, beim Besuch in einem Foto- und Videogeschäft, wo die Propandamedien verkauft und verliehen werden. Auch die sehr verbreitete arabisch-islamische Paranoia wird nur in einem winzigen Dialog während einer Autofahrt angesprochen. Das Wasser, das die Palästinenser von den Juden bekommen, sei vergiftet, damit die Spermien der arabischen Männer absterben. Was im Film in witziger Verpackung gezeigt wird ist in der realen arabischen Welt grimmig geglaubte jüdische Verschwörung.



Foto: Constantijn Film

Der Film will nicht zeigen, in welchem fanatisierten Milieu in Palästina die Selbstmordattentäter heranwachsen. Der Film zeigt aus noch unverständlicheren Gründen nicht einmal handfeste Beispiele für die israelische Unterdrückung durch die Besatzungsherrschaft. Lediglich am Anfang des Films sieht der Zuschauer in einer kurzen und recht harmlosen Szene, wie die schöne Suha einen israelischen Militär-Kontrollposten passiert und einige Augenblicke zu lang von einem israelischen Soldaten in schuftiger Pose angeschaut wird. Das war es auch schon. Deshalb bleibt auch das lange Statement von Said, in dem er nach dem gescheiterten ersten Anschlagversuch um eine erneute Beauftragung zur Tat bittet, blechern. Für die Zuschauer bleiben die gestanzten Parolen von der Pflicht zum Widerstand gegen die israelische Unterdrückung im luftleeren Raum hängen. Dabei haben die Palästinenser genug Grund zur berechtigten Klage.

Der Palästina-Konflikt begegnet in dem Film in nicht nachvollziehbarer Weise entpolitisiert, als reine persönliche Geschichte. Und das ist sie nicht. Der Film blendet die Verführung und die Verführbarkeit zum Bösen völlig aus.

Das Skrupelmotiv der Attentäter wird in unangemessener Weise überzogen dargestellt. Die Israelis haben sehr gutes Erfahrungsmaterial und haben in den letzten beiden Jahren auch Fernseh-Interviews mit inhaftierten und gescheiterten Selbstmordattentätern zugelassen. Die Befunde zeigen, dass von drei Attentätern einer sein Ziel auf Anhieb erreicht, einer wird durch Kontrollen oder auffälliges Verhalten vor dem Ziel abgefangen, ein Drittel bricht den Auftrag kurz vor dem Ziel aus plötzlich auftretenden Skrupeln ab. Im Film beginnen die Skrupel der beiden Auserwählten schon kurz nach der Beauftragung. Das stimmt mit dem empirischen Material nicht zusammen, auch wenn dies in ganz seltenen Fällen vorkommen mag.

Bei den nachdenklichen Zuschauern muss die – im Blick auf Realität – absurde Frage auftauchen, warum denn überhaupt so viele Attentate durchgeführt werden, wenn die Attentäter im Grunde so gute Menschen sind. Er wirft weiter die genauso absurde Frage auf, warum sich denn die Terrororganisationen ihre Selbstmordkandidaten nicht besser aussuchen, um Ausfälle durch die Skrupel der Kandidaten zu vermeiden. Die Organisationen wissen, wie sie das machen. Aber der Regisseur will das nicht zeigen. Denn die Rekrutierung beginnt schon bei den Kindern, die natürlich mit Erlaubnis ihrer Eltern in den Schulferien in paramilitärische Ausbildungslager kommen.

Deshalb sind viele der Selbstmordterroristen noch sehr jung, selten über 20 Jahre alt. Der Jüngste, der bislang identifiziert wurde, war erst 12 Jahre alt, sein Bruder, der mit ihm schon in Israel unterwegs gewesen ist, war gerade 14, hat dann den Einsatz abgebrochen und wurde verhaftet. Nebenbei: Die erste Selbstmordterroristin war eine 17-jährige Kurdin, die sich 1997 in Istanbul auf einem Gemüsemarkt in die Luft sprengte. Im Film sind die Terroristen voll erwachsene Personen, also schon untypisch alt. Man muss es mit aller Deutlichkeit sagen: Ganz normale Menschen werden nicht von heute auf morgen zu Selbstmordterroristen, wie der Film suggeriert. Diese Mär des Regisseurs ist so peinlich, dass ich mich frage, warum die vielen Filmkritiker diesen substantiellen Mangel nicht gesehen haben.

Die Antwort könnte so aussehen: Der Film, der von europäischen Agenturen finanziert und gemanagt wurde, bedient die unterschweligen Einstellungen vieler Europäer. Demnach dürfe man nicht nur die offizielle israelische Lesart von den gewissenlosen Terroristen gelten lassen, sondern man müsse einmal auch „die andere Seite“, also die Palästinenser zu Wort kommen lassen. Man müsse in ihnen auch die gedemütigten Menschen sehen. Und dann dürfe man den Islam nicht als Feindbild darbieten, denn der recht verstandene Islam sei eine friedliche Religion und lehne Terror ab. Würde diese Einschätzung zutreffen, dann wäre der Film Teil einer Vernebelungsstrategie, die dem europäischen Publikum die Selbstmordattentäter als tragische, aber durchaus sympathische Figuren vermittelt. Würde man diese Einstellung in einen Film über die rechtsradikalen Schlägergruppen in Ostdeutschland umsetzen, würde das Publikum und die Filmkritik nicht zögern, von einer verantwortungslosen Verniedlichung dieser Gruppen und einer Anbiederung an sie zu sprechen. Und genau dies tut der Film nach meiner Überzeugung. Er verniedlicht, er entpolitisiert das Problem. Er macht die Motive des Tuns der Attentäter letztlich unverständlich, weil er sie auf kurze Statements reduziert. Die Erwartung des Paradieses wird zu einer bloßen Schrulle persönlicher Religiosität der Attentäter.

Besonders befremdlich ist für mich, dass die Bundeszentrale für politische Bildung für diesen Film intensive Werbung betreibt und im Internet (www.bpb.de) ein umfangreiches Begleitheft erarbeitet hat, z. B. für Schulen.

Ich selber kann diesen Film keinesfalls empfehlen.

Oberstudienrat Gerhard Arnold ist Lehrer am Armin-Knab-Gymnasium in Kitzingen.

Aus unserer Arbeit

Islamismus als größte Bedrohung für die Innere Sicherheit

Innenminister Heribert Rech und Sicherheitsexperte Udo Ulfkotte beim EAK-Kreisverband Esslingen

Bei einer Informationsveranstaltung, zu der der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU Kreisverband Esslingen, der Arbeitskreis Polizei der CDU Landesverband Baden – Württemberg und der CDU-Stadtverband Wendlingen eingeladen hatte, zählten der Innenminister von Baden – Württemberg, **Heribert Rech** MdL, und der Sicherheitsexperte **Udo Ulfkotte** zu den Hauptrednern. Auf dem Podium saßen zudem der CDU – Landtagsabgeordnete **Karl Zimmermann** MdL, **Gerhard Freisleben**, Vorstandsmitglied vom Arbeitskreis Polizei der CDU Landesverband Baden – Württemberg, **Peter Schuster**, Vorsitzender vom EAK-Kreisverband Esslingen, und **Armin Knab**, Vorsitzender des CDU Stadtverbands Wendlingen. Rund 200 Interessierte waren zu der Veranstaltung in den bis auf den letzten Platz gefüllten großen Saal des katholischen Gemeindezentrums nach Wendlingen gekommen. In seiner Einführungsrede nannte Peter Schuster die Attentate, die von islamistischen Zellen in Deutschland begangen oder vorbereitet wurden, wie z.B. der Anschlag auf das World Trade Center in New York, der von einer islamistischen Zelle in Hamburg rund um den Ägypter Mohamed Atta begangen wurde und bei dem mehr als 3000 Todesopfer zu beklagen waren. Der Anschlag auf den Madrider Bahnhof im Frühjahr 2004, bei dem 191 Menschen starben, wurde durch den Islamisten Rabei Osman Ahmed, der längere Zeit in Deutschland als Asylant lebte, geplant und vorbereitet. Karl Zimmermann sprach in seinem Grußwort von ca. 500 gewaltbereiten Islamisten in



von links: Karl Zimmermann, Heribert Rech, Peter Schuster, Udo Ulfkotte

Baden – Württemberg. Darüber hinaus gebe es ein großes Feld von Sympathisanten. Schwerpunkte islamistischer Aktivitäten gebe es in Ulm, Neu – Ulm, aber auch im Kreis Esslingen.

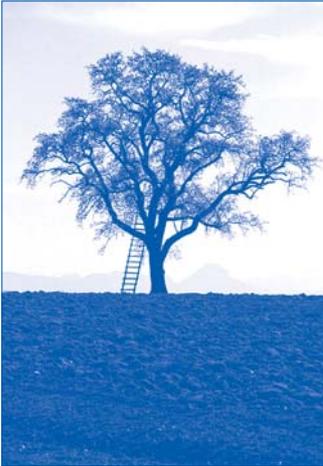
Udo Ulfkotte, jahrelang Redakteur bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, sieht zunehmend traditionelle Moscheen und islamische Vereine durch Islamisten unterwandert. Der Sicherheitsexperte zeigte die historische Entwicklung des Islamismus auf, der auf die 1928 gegründete Muslimbruderschaft zurückgeht, die seit den 50er Jahren zunehmend Zentren in verschiedenen Staaten, unter anderem auch Deutschland, errichtete, und mit ihren Leuten zunehmend die islamischen Moscheen und Vereine unterwandert. Mehr als die Hälfte der im „Zentralrat der Muslime“ organisierten Gruppen sind von islamistischem Gedankengut beeinflusst und werden vom Verfassungsschutz observiert. Besonders ist Udo Ulfkotte darüber entsetzt, dass auf der Homepage von islamischen Organisationen Bücher von Autoren, die der Muslimbruderschaft angehören, verkauft werden, in denen Christen als „Affen und Schweine“ bezeichnet werden. Zu den Strategien der Unterwanderung gehört für Udo Ulfkotte, dass sich Islamisten vordergründig offen und gesprächsbereit geben und verdeckt für radikale Aktivitäten sammeln. Leider werde diese Strategie der Unterwanderung von vielen Politikern und Geistlichen nicht durchschaut. Udo Ulfkotte hatte in seinem Buch „Krieg

in unseren Städten. Wie radikale Islamisten Deutschland unterwandern“ erstmals eine umfassende Gesamtdarstellung über die islamistischen Netzwerke in Deutschland verfasst.

Innenminister Heribert Rech MdL, der das zweite Hauptreferat hielt, sieht im islamistischen Terrorismus eine Herausforderung für Deutschland, die noch über Jahre andauern wird. Deutschland sei sowohl Ruheraum, aber auch Angriffsziel für Terroristen. Der Innenminister belegte dies mit dem Hinweis auf eine islamistische Zelle, die 2004 in Bad Cannstatt ausgehoben wurde, welche einen Anschlag auf den damals in Deutschland weilenden irakischen Ministerpräsident, Ijad Allawi, plante. Zum Schutz der Bevölkerung scheut sich Heribert Rech nicht, Razzien auch in Moscheen durchzuführen. In den letzten Jahren seien in Baden – Württemberg 450 Razzien bei 220 Moscheen und islamischen Vereinen durchgeführt worden. Die dabei zutage getretenen Ergebnisse zeugten von der Richtigkeit solcher Aktionen. „Wer sich nicht integrieren will, wird in sein Heimatland zurückgeschickt.“ Integration dürfe keine Einbahnstraße sein. Zum Schutz der Bevölkerung komme man nicht umhin, „die Zuwanderung zu begrenzen“. Sicherheitspolitik und Zuwanderungspolitik sind für den Innenminister untrennbar verknüpft. Die im Anschluss an die Hauptreferate lebhaft geführte Diskussion zeigte, dass in der Bevölkerung großer Informationsbedarf zu diesem Thema besteht.

Buß- und Betttag 2005

„Nehmet an, ein Baum ist gut, so wird auch seine Frucht gut sein...“ (Mt 12,33)



Es gibt eine Evidenz des gewissermaßen „empirisch Überprüfbar“ auch in geistlichen Dingen! Zwar nicht *der* Maßstab, aber doch *ein* ganz entscheidender Maßstab für das, was das Evangelium für einen Menschen bedeutet, ist die äußerlich wie innerlich stimmige, spürbar emotional-affektive Dimension seines jeweiligen

Christuszeugnisses. Wer aus dem Glauben heraus lebt und sein Leben fest in Gott gegründet hat, der „bekennt“ dies nicht nur mit den Lippen auf adäquate und für andere vernehmbare Weise, sondern auch mit dem Herzen und der Hand. Wer Jesu mit ganzer Seele nachfolgt, von dem gehen gleichsam heilsame und wohltuende Kräfte aus, die für andere deutlich wahrnehmbar sind. Es gibt Früchte des Geistes, geradezu pneumatische Evidenzen, die im wahrsten Sinne des Wortes so „augen-, ohren- und sinnfällig“ sind, dass sie keiner weiteren „verkopften“ bzw. nachträglichen Rechenschaft bedürfen. Das hat nichts mit Schwärmerei zu tun, sondern schlicht und ergreifend damit, dass dort, wo ein Leben von Gott neue Richtung und Kraft erhält, sich etwas tatsächlich verändert hat, das geradezu nach Mitteilung verlangt: „Wes des Herz voll ist, des geht der Mund über“ (v34). Der Geist Gottes „verleibt“ sich immer auch in konkret-anschaulicher Weise.

Aber für diese emotional-affektiv belegbaren „hard-facts“ des Geistes Gottes gilt auch der Umkehrschluss: Wer beispielsweise ständig nur mit griesgrämiger und moralin-

gesäuertter Miene anderen von der Freude des Himmelreiches predigt oder sich nur noch auf leblose und „elfenbeinturmartige“ Apologetik, die kaum ein Mensch mehr versteht, zurückzieht und damit immunisiert, dürfte wohl wenig Anteil am „Erweis des Geistes und der Kraft“ erhalten, wiewohl bei Gott kein Ding unmöglich ist, und er selbst unsere krummsten Abwege noch zu begradigen weiß.

Wer aber darüber hinaus regelrecht „Böses“ und Anstößiges, Unredliches und Nichtsnutziges hervorbringt, der verrät, „wes Geistes Kind“ er ist – jedenfalls nicht Gottes! Wenn Jesus aber sagen kann: „Aus deinen Worten wirst du gerechtfertigt werden, und aus deinen Worten wirst du verdammt werden“ (v 37), dann ist damit schließlich nicht nur lediglich unsere allzeit brüchige und bloße menschliche Rede gemeint! Der Glaube, der aus dem Wort Gottes kommt, ist vielmehr nur da wirklich und lebendig, wo der Geist Gottes weht, wo mit anderen Worten Gott selbst schöpferisch, in Wort und Tat, gegenwärtig ist! Wo diese schöpferischen Impulse im Leben fehlen, kann auch nicht rechtens vom Wirken des Wortes Gottes gesprochen werden, denn „an der Frucht erkennt man den Baum“ (v33).

Überall dort, wo man sich der Bewegung der guten Tatworte Gottes anvertraut, und es mit deren Hilfe tatsächlich zu wahren und hilfreichen „Begegnungen“- über bloß oberflächliche „Kontaktaufnahmen“ hinaus – kommt, da beglaubigt sich etwas von der Wahrheit dieser Worte Jesu in ihrer höchsten Erfahrungsdichte, selbst wenn dabei gar nicht allzu viele „Worte“ gemacht werden!

Meißner

Unsere Autoren:

Bischof Dr. Wolfgang Huber
 Ratsvorsitzender der EKD
 Herrenhäuser Straße 12
 30419 Hannover

Christian Meißner
 Bundesgeschäftsführer des EAK
 der CDU/CSU
 Klingelhöferstraße 8
 10785 Berlin

Thomas Rachel MdB
 Bundesvorsitzender des EAK
 der CDU/CSU
 Klingelhöferstraße 8
 10785 Berlin

OStR Gerhard Arnold
 Helmuth-Zimmerer-Straße 37
 97076 Würzburg